



# Maßnahmenvorschläge zur Wiener Demokratie-Strategie

Nach WmW-Treffen am 11.7.2024

Generell wurden im Hinterzimmer am 11. Juli Bedürfnisse und Erwartungen der anwesenden Initiativen-Vertreter:innen an funktionierende Partizipation geäußert. Wichtig dabei ist, dass die Anwesenden der kleinen aber hoch aktiven und politisch gut informierten Gruppe der Wiener:innen angehören, die vorhandene Instrumentarien der Beteiligung selbst kennt, nutzt und dadurch auch die Schwächen der Mittel von Petition bis Klimateam und Agenda selbst erfährt und schlussendlich frustriert wird.

Wenn Beteiligungsformate der Stadt als „Particitainment“ empfunden werden, die Energie und Inputs der Bürger:innen einverlangen aber keine konkrete Auswirkung auf realpolitische Entscheidungen nach sich ziehen, steigt der Frust weiter, ohne dass nötige Transformationen und Verkehrsberuhigungen in ausreichendem Maß passieren.

Zu den grundlegenden Ansprüchen aus dieser Perspektive gehören:

- Beiträge von Bürger:innen-Initiativen (BI) schätzen, nicht ausnutzen
- Augenhöhe im Dialog und Wertschätzung in indirekter Kommunikation (Pressearbeit etc.)
- Transparenz und Informationsweitergabe bei Studien, Entscheidungen, Planungen
- Lokale Expertise der politisch aktiven Nutzer:innen annehmen

## Konkrete Maßnahmenvorschläge zu den sieben Handlungsfeldern der Demokratiestrategie

Von einzelnen Teilnehmer:innen des Gesprächs genannt bzw. nachgereicht:

**Transparenz Bezirkspolitik** / "Information ausbauen und Barrieren abbauen", " Politik und Verwaltung öffnen"

- Aufzeichnung der Bezirksvertretungssitzungen stellt sicher dass alle interessierte BürgerInnen die Sitzung verfolgen können und nicht nur jene die zum Sitzungszeitpunkt (zT 16 Uhr) frei haben / sich frei nehmen können.
- Eine vorab online bereitgestellte Tagesordnung schafft ein besseres Verständnis des Sitzungsablauf und ermöglicht sich zu informieren ob Themen auf der Agenda stehen die für einen selbst interessant sind. Derzeit ist man darauf angewiesen dass befreundete PolitikerInnen einem diese Unterlagen zukommen lassen

**Informationsfreiheitsgesetz** / "Information ausbauen und Barrieren abbauen", " Politik und Verwaltung öffnen"

- Das Informationsfreiheitsgesetz tritt 2025 in Kraft und hat das Potential, eine zentrale Säule im Bereich die beiden Themenfelder zu werden.
- Implementation von Antwortabläufen in allen Magistraten.
- Schulung von Verantwortlichen in Verwaltung und Politik zur demokratischen Relevanz des IFG
- Praktischer und verständlich dokumentierter Verfahrensablauf bei Informationsanfragen sorgt dafür, dass möglichst viele Personen von ihrem Recht Gebrauch machen werden
- Schaffung einer Anlaufstelle, die Auskunft gibt und eine Vermittlerrolle bei Problemen einnimmt



### Wirksamkeitsüberprüfung

- Die existenten und neuen Instrumentarien der Beteiligung werden in einem transparenten Monitoring regelmäßig auf ihre Auswirkungen überprüft (**Jahresreport Beteiligungswirkung**)

### Partizipation institutionalisieren

- Zur Verbesserung der Wirksamkeit von Petitionen nach Petitionsgesetz wird die Behandlung vom Gemeinderat an einen repräsentativen, gelosten Bürger:innenrat übergeben. Dessen Entscheidungen bekommen mehr Verbindlichkeit als bisherige Petitionsempfehlungen (**Petitionsrat**)
- Ähnlich den Rollen von **Volksanwält:innen und Ombudsleuten** wird eine unabhängige Position in der Magistratsdirektion oder noch besser pro Bezirksvorstehung geschaffen, die Wirksamkeit von Beteiligungsformaten auf Seiten von Bürger:innen-Initiativen unterstützt
- Es werden **23 Bezirksbürgerräte** geschaffen, die als Dauerinstitution für eine Legislaturperiode gelost und in definierten Bereichen der Bezirksagenden beigezogen werden müssen. Wirkungsbereich und Verbindlichkeit werden klar definiert.
- Bürgerräte und Beteiligung in der **Stadtverfassung** verankern